

Wald-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Wald-Zeitung“ erscheint an jedem Werktag ausser an den Feiertagen. Der monatliche Bezugspreis beträgt 3.00 Reichsmark. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennige. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennige. Der Preis für den Einzelheft beträgt 10 Pfennige.

Neues in Kürze.

Rechtsmedungen und Radiotelegramme.
Der neue Reichsjustizminister Bell (Zentrum) erklärte in einem Interview, daß er die baldige gänzliche Beilegung der Beziehung als löbliche Folgerung der neuen Politik vertrete. Dem Geist der Verständigung stehen die tiefbenedicten Ausschreitungen einzelner Belegsungsangehöriger noch sehr vermissen.

Das Arbeitsministerium hat für Donnerstag Schlichtungsverhandlungen im schlesischen Erntearbeiterstreik anberaumt. Von dem Ausgang der Verhandlungen wird die Entscheidung über den schlesischen Erntearbeiterstreik abhängen, von dem die inoffiziellen Verbände „Kote Frahm“ einen allgemeinen deutschen Landarbeiterstreik erhoffen.

Für Ende der neuen Woche liegen schon wieder umfangreiche Rückbildungen in der deutschen Industrie vor. Die meisten Rückbildungen für Wochenlohn hat die oberösterreichische Industrie ausgesprochen.

Der Parteitag der Reichspartei des Deutschen Mittelstandes wurde am Sonntag in Göttingen eröffnet.

Das Auswärtige Amt hat eine vollständige Aufstellung der Schuldenliste Polens an Deutschland fertiggestellt und sie bereits der polnischen Regierung zur Kenntnis gebracht. Die Schulden listen sich zusammen aus den Entschädigungen für die aus Polen ausgewanderten Deutschen und für die polnischen Maßnahmen in Sachen der Liquidation. Die Anfrage an Polen lautet dahin, welche Anordnungen Polen gegen wolle, um die Zahlung dieser Beträge zu sichern.

Die deutsche Regierung hat die Reparationskommission und den Auslegungsausschuss der Weimarer Verträge über die Reparationsleistungen für Juli und den 23. Juli zu Händen des Reparationsagenten geleistet worden.

Der österreichische Reichsrat beschloß am Sonntagvormittag anlässlich des Besuchs des Wiener Männerkongresses in „Epigraphie“ eine Anschließungsbahn im Auftrag in Berlin. Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold beteiligte sich mit einem starken Aufgebot. Reichstagspräsident Reue forderte, daß in freier Volksabstimmung über den Anschluß Österreichs an die deutsche Republik entschieden werde. Der Anschluß könne natürlich nur in friedlichem Sinne herbeigeführt werden.

In Elßig-Bohringen wurden die Bürgermeister von Salfz-Dub, Amelise, Erlich und Romelting wegen Unterzeichnung des autonominischen Manifestes ihres Amtes enthoben.

Die Pariser Morgenblätter errechnen eine Mehrheit von 300 bis 400 Stimmen für Poincaré. Die Sozialisten haben beschlossen, mit Rücksicht auf die starke Beteiligung der Linksparteien im neuen Kabinett, in keine prinzipielle Gegnerschaft zur Regierung Poincaré zu treten.

Die Londoner „Times“ schreiben, daß zurzeit keine Verhandlungen mit Deutschland über die Herstellung der britischen Seelandsstrassen mehr schwanden. Die englische Regierung sei entschlossen, zunächst erst den Völkerverbund beitreten Deutschlands abzuwarten.

Der Sekretär des englischen Bergarbeiterverbandes Coof sagte in einer Rede, er habe gehört, daß einige Bergleute in Warwickshire zur Arbeit zurückgekehrt seien, ohne zuvor ihren Verband verständigt zu haben. Es bestche eine Verhinderung, Warnung zum Brennpunkt des Kampfes zu machen. Die Bergleute der Bergleute sei aber davon unberührt, und er hoffe es, daß Warwickshire seinen Namen nicht in den Augen der gewerkschaftsbewegung verunglimpft werde. — Das klingt nicht gerade befriedigend.

Dem amerikanischen Jagdenminister Ben Bernice ist die Übernahme eines Engagements in London von den englischen Einwanderngeboten nicht gestattet worden. Das Verbot erfolgte auf einen Protest der britischen Ministerregierung, die die Konkurrenz aus dem Auslande entfernt gehalten wünscht. — Was würde unsere Elnke sagen, wenn das gleiche, wie im „demokratischen“ England, bei uns geschehe!

Die „Trockenlegung“ Sinowjews.

In Sowjetland liegt es mit der inneren Einheit über die geheiligte Lehre des Kommunismus und mit der Einheit der Führer offenbar ganz anders, als es unsern deutschen Kommunisten geföhrt wird. Schon auf dem in der Weimarer Republik, legenden 14. Parteikongreß der Kommunistischen Partei Russlands trat der scharfe Gegensatz der herrschenden Richtung zu Sinowjew und der Witte Lenins hervor und führte dazu, daß man Sinowjew auf offiziellen politischen Funktionen entließ. Sinowjew scheint sich aber mit dieser Kastration nicht abfinden zu haben und ist nun vollständig trocken gelegt worden.

Eine solche gelebte Entschädigung des „Funktionslosen“ der kommunistischen Internationalen der „Comintern“ stellt folgendes fest: „Die Opposition hat in letzter Zeit die Beschäfte der Führer des Kongresses betriebs Wahrung der Einheit der Partei verliert und verlor, eine illegale fraktionelle Organisation zu schaffen, die im Gegensatz zur Partei stand und gegen deren Einheit sorgte. Dieser Versuch äußerte sich in der Abhaltung ungesetzlicher Versammlungen, im Druck und Versand zu tendenziösen Zwecken gesammelter Geheimdokumente der Partei, in der Entsendung von Agenten zu anderen Parteioptionen zwecks Schaffung ungesetzlicher fraktioneller Gruppen. Festgestellt ist, daß die Führer dieses fraktionellen Vorgehens der Opposition zum Aparat des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen laufen, an dessen Spitze Sinowjew steht. In der Entschädigung wird besonders die Aufgabe der Abhaltung einer ungesetzlichen fraktionellen Versammlung in einem Walde bei Moskau hervorgehoben, die der Mitarbeiter des Zentralkomitees selbst organisiert und als „Kommunisten“ leitete. In dieser Geheimversammlung forderte

der Kandidat des Zentralkomitees Laskewitsch die Anwesenden auf, sich zum Kampfe gegen die Partei und das von dieser gewählte Zentralkomitee zusammenzuschließen. Die fraktionelle Tätigkeit der Opposition beschränkt sich nicht auf die kommunistische Partei der Sowjetunion, sondern es sind Versuche gemacht worden, den Aparat des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationalen in den Kampf hineinzuziehen und mit seiner Hilfe die verurteilten Anführer der Opposition bei den anderen kommunistischen Parteien zu verbreiten, um dadurch den Boden zur Ausbreitung der ausländischen kommunistischen Parteien gegen die kommunistische Partei der Sowjetunion vorzubereiten.

Die Partei macht den Leiter der Opposition auf dem 14. Kongreß, Sinowjew, politisch für die parteigegnerische Tätigkeit verantwortlich, und beschloß auf die Wählung Sinowjew aus dem politischen Bureau und Ausschuss aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen und letzteren von seinem Amt als Stellvertretenden Vorsitzenden des Kongressrevolutionären Rates absetzen. Sie hat ihm einen strengen Verweis erteilt und ihm im Falle fortgesetzter fraktioneller Tätigkeit den Ausschuß aus der Partei angedroht.

Die Schritte Sinowjews wurde Rubinschik zum Mitglied des Politischen Bureaus gewählt. Gegenwärtig besteht also das Politische Bureau aus folgenden Mitgliedern: Stalin, Kossif, Bucharin, Lomsk, Kainin, Molotow, Rubinschik und Trotski.

Dem „Partei Journal“ zufolge hinsichtlich der russischen „Funktionslosen“ Dargestellt in Stufe ein Bericht haben von drei Millionen Goldmarken.

Zwei-Parteien-System

Zuschrift eines Deutschenationalen.
Was ist der Sinn dabei, was mir erleben? Wir haben den Borstf Capl-Dares, — und wir haben den Gegenst: Wirth-Debes-Haas. In dem letzteren zeichnet sich ganz deutlich die Absicht ab, eine handlungsfähige parlamentarische Koalition zur Bildung eines Kabinetts zusammenzubringen; — sehr geschickt mit herausstellung der Führernamen begannen, die ein Reichskabinett bilden könnten. Der erlangte Vorlauf bedeutet zweifellos den ernsthaften Versuch, die Reichsparteien zu einem Kabinetts zusammenzuföhnen; — jedoch, während draußen jeder Vorlauf mit selbstschuldigen Beifall aufgenommen wird, leidet er an einer gewissen Schwäche dadurch, daß in den zugehörigen Reichstagsparteien bei gewissen Führern starke Widerstände zu sein scheinen, und dadurch die parlamentarische Möglichkeit eines geschlossenen Kabinetts noch etwas ferner zu liegen scheint.

Die demokratische Zeitung „Radische Presse“ urteilt über diese Vorgänge wie folgt:

„Es gibt nur zwei Möglichkeiten, die aus der Miere des gegenwärtigen deutschen Parlamentarismus herauszuführen können: entweder vor kommen zu einem Zwei-Parteien-System oder in sich gegenseitig in Gruppen zu zerfallen. Die Dauer einer vierjährigen Reichstagsperiode einer Regierung die sichere Mehrheit und damit die ungeschwächte Nationsfähigkeit gibt, — oder aber der deutsche Parlamentarismus muß dem amerikanischen System der Präsidialregierung weichen. Der Versuch zu einem Zwischenstadium zu kommen, kann und muß vorher unternommen werden.“

Diese wenigen Sätze enthalten eine tiefe Einsicht in die Bedeutung der Vorgänge. Es handelt sich hier wirklich um eine entscheidende Epoche im Leben des deutschen Parlamentarismus. Denn — was kommt danach? Es ist nicht ausgemacht, daß wir dann einen sanfteren Übergang in die Formen des amerikanischen Präsidialsystems erleben würden, was immerhin eine bedeutende Verfassungsänderung voraussetzen würde; — es ist auch nicht ausgemacht, daß dann das Präsidialsystem den Charakter einer Verfassungsreform haben würde, wie sich das vielleicht harmlose Gemüther auf der Rechten erträumen; — sondern die Wirksamkeit würde ganz anders aussehen.

Man kann schon einigermaßen an die Hand zeichnen, was kommen wird, wenn der deutsche Parlamentarismus sich selbst erledigt hat. Es folgt dann die dauernde Terrorherrschafft einer einzigen Partei über den Staat, — entweder die Nationalistische oder die Sozialistische Partei; — die beiden feindlichen Lager einander gleich sind, so können wir auch den dauernden verwegenen Kampf beider Parteien um die Macht bekommen; — das bedeutet dann chinesische Verhältnisse und den Zerfall des geordneten Rechtsstaates überhaupt. Die Aktion Wirth-Debes-Haas kann man ansehen als einen verzweifelten Versuch, die sozialdemokratische Partei und ihre Massen bei der Regierungslust und Regierungsfähigkeit im parlamentarischen System zu erhalten und von der „direct action“, d. h. von der Aktion auf der Straße und von der Zerlegung des parlamentarischen Systems, zurückzuhalten. Die radikalen Fraktionparteien oder neuen zur direkten Aktion; und insbesondere die radikale Linke wird von Moskau aus von den Antriebern der Fraktionierung geradezu auf der Straße gepötteht.

Die Aussichten für die politische Entwicklung in Deutschland, wenn das parlamentarische System sein Ende aus Unfähigkeit erreicht, sind finster. Aber wird denn nicht ein ein ernsthafter Versuch mit einem Zweiparteien-System gemacht werden?

Wenn wir die lange Reihe der deutschen Reichstänger moderner Gemüther seit dem Beginn der Nationalversammlung an unserm Auge vorbeiziehen lassen, so beobachten wir an ihnen eine stetige Wanderung des politischen Schwerpunktes von der Linken zur Rechten. Zentrum daran; — schließlich trat sogar ein Reichstänger-Einzelmann auf; — aber allen diesen Reichsregierungen war noch ein Grundgesetz gemeinlich: „Regieren wollen ohne aber gegen Sozialdemokratie“

Das Ausland unterstützt Poincaré.

Die nachstehenden Meldungen können allen denen die Augen öffnen, die bisher wöhnten, daß Deutschlands Erfüllung- und Verjährungsfrist aus etwa die Sympathien und Frankreichs unentwegte Militärpolitik ihm die Gegnerschaft der Welt eingetragen hätten:

Spanien.
Aus Madrid wird gemeldet: Das neue französische Kabinett Poincaré wird in allen Kreisen mit großer Wärme und aufrichtiger Bemutigung begrüßt. Auch die Tatsache, daß Poincaré und Herriot Seite an Seite zusammenarbeiten werden, wird in günstigem Sinne besprochen. Der allgemeine Eindruck ist, daß Poincaré tatsächlich die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit gelungen ist, und daß die Zusammenlegung des Kabinetts der Welt einen neuen Beweis von der Vaterlandsliebe der Franzosen gegeben hat. Frankreich, so sagt Herriot, ist wieder einmal fast selbst und seiner Bedeutung in der Welt gewürdigt worden und sagt hinzu, daß das Kabinett Poincaré einen Sieg der Demokratie bedeute. Epoca schreibt: Wir stellen fest, daß allein die Tatsache der Beauftragung Poincarés genügt, um eine Befreiung des Frankreichs herbeizuföhren. Poincaré hat dem französischen Volk das Bestreben zu sich selbst wiedergegeben, das es verloren hatte.

England.
Die Londoner „Morningpost“ bringt eine Aeußerung Chamberlains über das neue französische Kabinett. Chamberlain sagt, daß Poincaré der Urheber der französischen „politischen Wende“ ist, die die Welt in sich selbst wieder vorantreiben wird. Er sagt, daß die Welt sich selbst wieder vorantreiben wird. Er sagt, daß die Welt sich selbst wieder vorantreiben wird.

Amerika.
Die „Associated Press“ aus Washington meldet, glauben amerikanische Regierungskreise, daß Frankreich nunmehr das Kabinett gefunden habe, das den Übergang aus den finanziellen Schwierigkeiten leisten werde.

Das Pariser „Journal“ meldet: Die erste Sprengung zwischen Poincaré, Herriot, und Pagan hat die Zustimmung der beiden Minister für Poincarés Finanzierungsplan gebracht. Die Pariser Filiale der Morgenblatt trat ebenfalls miting als Käufer für große Franzosen, so, worin man an der Wende des Beginn der neuen Internationalität erkennen will.

Berlin ist optimistisch.
Nach der Auffassung der politischen Stellen in Berlin ist, wie wir hören, durch die Bildung des Kabinetts Poincarés eine Besserung der internationalen Lage noch nicht eingetreten. Poincaré selbst wird wohl vollkommen mit den inneren Angelegenheiten Frankreichs beschäftigt sein.

Vorläufig wird nicht stabilisiert.
Die Finanzpläne Poincarés.
Die Pariser Tagesagentur teilt über die Finanzpläne der neuen Regierung mit, daß die Regierung beabsichtigt, vom Lande die unerschöpfliche Nutzung zu fordern, sich aus eigener Kraft zu retten. Anfangs werden sie vom Parlament verlangen, eine Ergänzung zum Einnahmebudget in Höhe von 4 bis 5 Milliarden zu bewilligen, die sowohl durch direkte wie indirekte Steuern aufgebracht werden sollen, insbesondere werde eine Erhöhung der Erbschaftsteuer gefordert werden und schließlich werde eine Neuverteilung der Sätze für gewisse Steuern und Abgaben vorgenommen werden. Die Regierung werde, da sie gegen jede Inflation sei, in kürzester Frist für den Steuerertrag des Jahres 1926 eintreten. Es könne keine Rede davon sein, zu einer Ubergang zum Kapital oder zu einem Notatium zu greifen. Nach Ansicht der gegenwärtigen Regierung würden derartige Pläne den Finanzen erneut erschüttern.

Was die internationalen Schulden betrefft, so lie Frankreich entschlossen, seine Wäskommen einzubringen. Das mit England getroffene Abkommen könne mit Beibehaltung angehalten werden, nicht jedoch das Abkommen von London, das weder Transfer noch Schutzklauseln enthalte.

Die Stabilisierung könne nicht das Werk eines Tages sein; das Ziel liege noch in der Ferne. In seiner Meinung müsse man die Stabilisierung vorbereiten, andernfalls würde die Stabilisierung auf der Baule des Finanzes in verhängnisvoller Weise zur Neuzugabe von Notnoten führen.

Ministerpräsident Poincaré werde von der Kammer fordern, die Beibehaltung der Internationalen über die Finanzpläne bis zu dem Ende der Verhandlungen, an dem die Beratung über die Finanzpläne der Regierung selbst stattfinden werde. Er werde bei dem Antrag auf Beibehaltung die Beibehaltung der Finanzen. Alle Wahrscheinlichkeiten nach werde das Parlament in der zweiten Woche des Monats August, nach Annahme der für die Finanzstabilisierung notwendigen Mittel, in die Ferien gehen können.

Die nachstehenden Meldungen können allen denen die Augen öffnen, die bisher wöhnten, daß Deutschlands Erfüllung- und Verjährungsfrist aus etwa die Sympathien und Frankreichs unentwegte Militärpolitik ihm die Gegnerschaft der Welt eingetragen hätten:

Spanien.
Aus Madrid wird gemeldet: Das neue französische Kabinett Poincaré wird in allen Kreisen mit großer Wärme und aufrichtiger Bemutigung begrüßt. Auch die Tatsache, daß Poincaré und Herriot Seite an Seite zusammenarbeiten werden, wird in günstigem Sinne besprochen. Der allgemeine Eindruck ist, daß Poincaré tatsächlich die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit gelungen ist, und daß die Zusammenlegung des Kabinetts der Welt einen neuen Beweis von der Vaterlandsliebe der Franzosen gegeben hat. Frankreich, so sagt Herriot, ist wieder einmal fast selbst und seiner Bedeutung in der Welt gewürdigt worden und sagt hinzu, daß das Kabinett Poincaré einen Sieg der Demokratie bedeute. Epoca schreibt: Wir stellen fest, daß allein die Tatsache der Beauftragung Poincarés genügt, um eine Befreiung des Frankreichs herbeizuföhren. Poincaré hat dem französischen Volk das Bestreben zu sich selbst wiedergegeben, das es verloren hatte.

England.
Die Londoner „Morningpost“ bringt eine Aeußerung Chamberlains über das neue französische Kabinett. Chamberlain sagt, daß Poincaré der Urheber der französischen „politischen Wende“ ist, die die Welt in sich selbst wieder vorantreiben wird. Er sagt, daß die Welt sich selbst wieder vorantreiben wird.

Amerika.
Die „Associated Press“ aus Washington meldet, glauben amerikanische Regierungskreise, daß Frankreich nunmehr das Kabinett gefunden habe, das den Übergang aus den finanziellen Schwierigkeiten leisten werde.

Das Pariser „Journal“ meldet: Die erste Sprengung zwischen Poincaré, Herriot, und Pagan hat die Zustimmung der beiden Minister für Poincarés Finanzierungsplan gebracht. Die Pariser Filiale der Morgenblatt trat ebenfalls miting als Käufer für große Franzosen, so, worin man an der Wende des Beginn der neuen Internationalität erkennen will.

Berlin ist optimistisch.
Nach der Auffassung der politischen Stellen in Berlin ist, wie wir hören, durch die Bildung des Kabinetts Poincarés eine Besserung der internationalen Lage noch nicht eingetreten. Poincaré selbst wird wohl vollkommen mit den inneren Angelegenheiten Frankreichs beschäftigt sein.

Vorläufig wird nicht stabilisiert.
Die Finanzpläne Poincarés.
Die Pariser Tagesagentur teilt über die Finanzpläne der neuen Regierung mit, daß die Regierung beabsichtigt, vom Lande die unerschöpfliche Nutzung zu fordern, sich aus eigener Kraft zu retten. Anfangs werden sie vom Parlament verlangen, eine Ergänzung zum Einnahmebudget in Höhe von 4 bis 5 Milliarden zu bewilligen, die sowohl durch direkte wie indirekte Steuern aufgebracht werden sollen, insbesondere werde eine Erhöhung der Erbschaftsteuer gefordert werden und schließlich werde eine Neuverteilung der Sätze für gewisse Steuern und Abgaben vorgenommen werden. Die Regierung werde, da sie gegen jede Inflation sei, in kürzester Frist für den Steuerertrag des Jahres 1926 eintreten. Es könne keine Rede davon sein, zu einer Ubergang zum Kapital oder zu einem Notatium zu greifen. Nach Ansicht der gegenwärtigen Regierung würden derartige Pläne den Finanzen erneut erschüttern.

Was die internationalen Schulden betrefft, so lie Frankreich entschlossen, seine Wäskommen einzubringen. Das mit England getroffene Abkommen könne mit Beibehaltung angehalten werden, nicht jedoch das Abkommen von London, das weder Transfer noch Schutzklauseln enthalte.

Die Stabilisierung könne nicht das Werk eines Tages sein; das Ziel liege noch in der Ferne. In seiner Meinung müsse man die Stabilisierung vorbereiten, andernfalls würde die Stabilisierung auf der Baule des Finanzes in verhängnisvoller Weise zur Neuzugabe von Notnoten führen.

Ministerpräsident Poincaré werde von der Kammer fordern, die Beibehaltung der Internationalen über die Finanzpläne bis zu dem Ende der Verhandlungen, an dem die Beratung über die Finanzpläne der Regierung selbst stattfinden werde. Er werde bei dem Antrag auf Beibehaltung die Beibehaltung der Finanzen. Alle Wahrscheinlichkeiten nach werde das Parlament in der zweiten Woche des Monats August, nach Annahme der für die Finanzstabilisierung notwendigen Mittel, in die Ferien gehen können.

Das Ausland unterstützt Poincaré.
Die nachstehenden Meldungen können allen denen die Augen öffnen, die bisher wöhnten, daß Deutschlands Erfüllung- und Verjährungsfrist aus etwa die Sympathien und Frankreichs unentwegte Militärpolitik ihm die Gegnerschaft der Welt eingetragen hätten:

Spanien.
Aus Madrid wird gemeldet: Das neue französische Kabinett Poincaré wird in allen Kreisen mit großer Wärme und aufrichtiger Bemutigung begrüßt. Auch die Tatsache, daß Poincaré und Herriot Seite an Seite zusammenarbeiten werden, wird in günstigem Sinne besprochen. Der allgemeine Eindruck ist, daß Poincaré tatsächlich die Bildung einer Regierung der nationalen Einheit gelungen ist, und daß die Zusammenlegung des Kabinetts der Welt einen neuen Beweis von der Vaterlandsliebe der Franzosen gegeben hat. Frankreich, so sagt Herriot, ist wieder einmal fast selbst und seiner Bedeutung in der Welt gewürdigt worden und sagt hinzu, daß das Kabinett Poincaré einen Sieg der Demokratie bedeute. Epoca schreibt: Wir stellen fest, daß allein die Tatsache der Beauftragung Poincarés genügt, um eine Befreiung des Frankreichs herbeizuföhren. Poincaré hat dem französischen Volk das Bestreben zu sich selbst wiedergegeben, das es verloren hatte.

England.
Die Londoner „Morningpost“ bringt eine Aeußerung Chamberlains über das neue französische Kabinett. Chamberlain sagt, daß Poincaré der Urheber der französischen „politischen Wende“ ist, die die Welt in sich selbst wieder vorantreiben wird. Er sagt, daß die Welt sich selbst wieder vorantreiben wird.

Amerika.
Die „Associated Press“ aus Washington meldet, glauben amerikanische Regierungskreise, daß Frankreich nunmehr das Kabinett gefunden habe, das den Übergang aus den finanziellen Schwierigkeiten leisten werde.

Das Pariser „Journal“ meldet: Die erste Sprengung zwischen Poincaré, Herriot, und Pagan hat die Zustimmung der beiden Minister für Poincarés Finanzierungsplan gebracht. Die Pariser Filiale der Morgenblatt trat ebenfalls miting als Käufer für große Franzosen, so, worin man an der Wende des Beginn der neuen Internationalität erkennen will.

In Deutschland verboten. Das Kab-
net hat bisher die erste und einzige
wirkliche Restriktion in Deutschland.
Die Logik des Systems verlangt
aber, daß nunmehr ernstlich die Methoden
des Parteienkampfes eingeführt werden
bei der Selbstregierung der parlamenta-
rischen Vertretung.

Da mirrt es nun geradezu komisch zu beob-
achten, wie manche Führer eines in den
Mittelpunkten und ministerielle Persönlichkeiten der
Sozialdemokratie offenbar der Meinung sind
und von der großen demokratischen Breite ohne
Wahrheit, — darin bekräftigt werden, daß —
die deutsche Republik ihr Privatigentum (ein
und die beiden Misse und einer Rechts-
koalition ohne Sozialdemokraten niemals aus-
geleitet werden dürfe. Ist das dann ein wirk-
sames Zweiparteiensystem? Der kleine, eine
Parteihaft hindert manche, die große staats-
politische Bedeutung dieser Frage zu erkennen.
Gute Republikaner müssen sich doch
eigentlich freuen, wenn eine große
nationale Rechte in Geltung tritt, welche
durch verantwortliche Mitarbeiter in der
Republik eingeführt werden. Das ist die
stärkste Befestigung, welche der Republik
werden kann. Ein Ereignis von der größten
Bedeutung in dieser Richtung ist die Rechts-
präsidenten von Hindenburg. Nachdem
dieser Mann durch die Stimmen von 14 Mil-
lionen Reichswählern dieses Amt erhalten und
auch angenommen und den Eid auf die Reichs-
verfassung geleistet hat, hat die deutsche
Republik, — diese arme deutsche Republik, die
als ein Gefährt der Feinde und Verbedingtes
des gegenwärtigen Friedens von Versailles aus
genommen ist, eine Anerkennung erhalten,
welche mehr Befestigung ausmacht als alle
Patentpublikationen des Berliner Tagblattes
und alle Waffenträger des Reichsbanners ihr
je geben können.

Wir müssen uns auch auf der Seite der
Republik darüber klar werden, was die Ereig-
nisse des Jahres 1925 und die Beteiligung an
der Regierung bedeuten. Sie bedeuten eine
Befestigung der Republik. Ein solcher Mann
wie Hindenburg hält seinen Eid. Dadurch wird
alle etwaigen Gefährde der direkten Aktion auf
der Seite der Rechten gestillt und bleiben ge-
festigt, solange ein solcher Mann an der Spitze
steht. Bedeutet das einen Verzicht auf die
Wiederherstellung eines deutschen Kaiseriums? Nein,
— es ist sehr wohl möglich, daß die Nation
selber in einer großen Stunde der Gefahr das
Kaiserium wieder verlangt, — und auf diesem
Wege, — nur auf diesem, — kann das Kaiser-
tum wiederhergestellt werden. Das ist die logische
Fortentwicklung jener Ereignisse vom November
1918, als die deutschen Fürsten sich von ihren
Rechten und Pflichten trennten, um nicht noch
einmal fürchterlich und zugleich bedenklichen
Krieges-der Nation, den Bruderkrieg
deutsche Land zu tragen, und was unermüdlich
hinterhergekommen wäre, dadurch den
radikaleren Feinden das deutsche Land und
die deutschen Heimstätten zu öffnen. Das ist
geschehen, — und niemand kann diese
Wieder auslösen.

Die Hindenburgur-Witabeit an
der Republik im Jahr 1925 hat der
Rechten großes Opfer des Gewissens gefordert,
und die Tat Hindenburgs war ein noch größeres
persönliches Opfer. Diese Befestigung be-
deutet, daß auch die deutsche Rechte genau so
handelt wie die deutschen Fürsten gehandelt
haben nach dem Grundgesetz: Die nationale
Idee geht über die monarchische.
Es ist die Not, die harte Not der Zeit, die uns
zu diesem Opfer zwingt. Die arme deutsche
Republik ist eben logisch auch unser
deutsches Reich; — sie ist das Staats-
haus, in dem wir leben, und das mit gegen
innere und äußere Gefahren kämpfen muß.

Angenehm dieser Opfer der Tat ist es eine
verleugende und bedenkliche Leberbedürftigkeit,
wenn einzelne Leberparlamentarier aus der
Mitte uns vor Bereitwilligkeit zu einer großen
Tat erst fordern vorliegen wollen, die bei
einer feierlichen Abschwören hinauslaufen, und
morin allerlei bedrohliche Monopdolen gefordert
werden sollen. Das wäre die Gabe eines
christlichen Zweiparteiensystems, denn in einem
solchen gibt es keine anderen Festigungen als
die eine: den Eid der Richter auf die Ver-
fassung. Alles andere wird der Zukunft und
dem gegenseitigen Vertrauen überlassen.

Der große Rechtsblock ist mög-
lich; er ist in der Wählerschaft sogar noch vor-
handen. In der Millionengleichheit draußen
im Lande ist der Ruf nach Arbeitsgemein-
schaft der Rechten mit lauter, ehrlicher Be-
geisterung aufgenommen. Wenn die Partei-
leitung der Deutschen sich ebenfalls dazu
belehnt, so geschieht das nicht aus taktischer
Schläue, sondern weil tatsächlich die Logik die
Dinge und weil die allgemeine Sehnsucht der
Völkerschaft ihn verlangt. Die Logik der Dinge
verlangt, daß der deutsche Parlamentarismus,
eher er stirbt, noch einen Versuch ernsthaften
Gebrauches dieser Staatsmaschine macht. Dazu
gehört der Wechsel zwischen einem
großen Rechtsblock und einem
kleinen. Was dem entgegensteht, sind gewisse
Sentiments in den Mittelparteien, welche
gerne lieber mit den Sozial als mit der
Rechten gehen, und die Behauptung gewisser
Potentatinnen, welche zu Bruch kommen
können, und wovon angeblich die Sicherheit
des Reiches abhängt. Man wird hierin der
Eigentliche gewisse Sentiments mehr zu prüfen,
damit das große Ziel nicht verfehlt wird.
Staatspolitik geht über Parteipolitik.

Um das Reichsheinmal.

Ministerpräsident Dr. Brüning.
Anfangs des Streites um das Ehrenmal für
die im Krieg Gefallenen hat, wie der amtliche
Preussische Pressebericht mitteilt, der preussische
Ministerpräsident an den Reichskanzler ein
Schreiben gerichtet, in dem er auf den unrichtigen
Plan hinweist, die sogenannte Schmelz-
wage in Berlin zu einem Erinnerungsmal für
die Gefallenen umzuwandeln. Durch die
Beraufnahme dieses Planes würde vermuthet
werden, daß der Krieg ein Verbrechen sei,
das durch die Gefallenen zu verzeihen ist.
Es sei die Pflicht der Regierung, die Erinnerung
an die Gefallenen nicht für Berlin entscheiden
lassen, so wird gebeten, sich dann wenigstens für
das Rheinprovinz zu entscheiden, da die Rhein-
lande durch die Leiden, die sie in den letzten
Jahren für ganz Deutschland ertragen mußten, den
Anspruch darauf haben, in erster Linie berücksich-
tigt zu werden.

70,7 Millionen Juni-Defizit in Preußen.

Geben wird eine amtliche Uebersicht über die
preussischen Staatseinnahmen und Ausgaben im
Monat Juni 1926 sowie eine Uebersicht der
Einnahmen und Ausgaben von 1. April 1926
bis zum 30. Juni 1926 vorgelegt. Danach be-
trugen vom 1. April 1926 bis zum 30. Juni 1926
die Staatseinnahmen aus den Reichssteuer-
beiträgen (Staatsteil) 110,2 aus der Grund-
steuerbeiträge 47,1, aus der Haussteuer
(Staatsteil) 88,0 und aus sonstigen Quellen
361,3 Millionen, zusammen also 636,6 Millionen.
Die Ausgaben des Staates beliefen sich in dieser
Zeit auf 725,3 Millionen Mark, so daß ein Defizit
von 90,8 Millionen entfiel.
Für den Juni allein belaufen sich die Ein-
nahmen aus den erwähnten Quellen auf 97,8,
die Ausgaben auf 168,5 und das Defizit auf
70,7 Millionen Mark.
— Man kann nun immer wieder klagen über
unzureichende Einnahmen. Denn: vor kurzem
hat der preussische Finanzminister Höpfer-
Blöff (Dem.) die Finanzlage Preussens als

durchaus gefordert bezeichnet. Dabei wurde
aber schon aber mußte er wissen, daß das Defizit
bestehend, das notwendig mit der Krise an
Arbeitsmarkt zusammenhängen dürfte.

70,7 Millionen Defizit in einem einzigen
Monat, ohne daß vorübergehende Sonder-
ausgaben in gleicher Höhe der Grund wären!
Das läßt ähnliche Forderungen für die kom-
menden Monate und damit den Zusammenbruch
des Staats befürchten.

300 Millionen Erwerbslosenleihe.

Nach zuverlässigen Informationen an der
Höhe wird die Reichsregierung für die produktion
Erwerbslosenleihe voraussichtlich schon Mitte
August ausgegeben werden. Die abschließende Be-
sprechung der Größtbanken beim Reichsfinanz-
minister findet in den ersten Tagen der kommen-
den Woche statt. Daß die Höhe der Anleihe etwa
300 Millionen Mark betragen wird, wurde heute
in Kreislagen allgemein bestätigt.

Angestelltenversicherung.

Abtötung der Wartezeit und Anwartschafts-
erhaltung.

Nach § 384 des Angestelltenversicherungs-
gesetzes in der Fassung des Gesetzes vom
23. Juli 1925 kann der Reichsversicherungs-
anstalt Versicherter nach vorhergehender ärzt-
licher Untersuchung sowohl die Abtötung der
Wartezeit wie auch den Einlauf von Beitrags-
jahren nach erfüllter Wartezeit gestattet. Den
Erlaß der erforderlichen Ausführungsbestim-
mungen hat der Vorgesetzte dem Reichsarbeits-
ministerium überreicht.

Das Reichsarbeitsministerium hat trotz ent-
sprechender Vorschläge der Reichsversicherungs-
anstalt für Angestellte bis jetzt noch keine Aus-
führungsbestimmungen erlassen. Aus diesem
Grunde hat sich der Gewerkschaftsbund der An-
gestellten nochmals mit dem Reichsarbeits-
ministerium in Verbindung gesetzt und darauf
hingewiesen, daß es bei den Beteiligten un-
verständlich bleiben müsse, daß eine vor Jahresfrist
erlassene Entscheidung immer noch nicht herbeigeführt
werden kann. Gleichzeitig hat der G. D. L. die
Frage der stellenlosen Versicherter ange-
sprochen, deren Anwartschaftserhaltung drin-
gender gefordert werden müsse. Zehntausende von
stellenlosen Angestellten liefen Gefahr, ihre
wohlverdienende Rechte zu verlieren, wenn das
Reichsarbeitsministerium nicht sofort helfend
eingreife.

Wo bleibt der Locarnogeist?

Eine Stimme aus dem besetzten Gebiet.
Mit Bezug auf die letzten französischen Ueber-
griffe im besetzten Gebiet sieht sich der „Mainzer
Anzeiger“ in einer Uebersicht, der sich auf die
Abfolge der Ereignisse bezieht, veranlaßt, darauf
hinzuweisen, daß das Verhältnis zwischen
Belgien und Frankreich wieder ein gespanntes
gemacht ist. Die Faltung der Belgier wurde
gestraft, indem sie die Bügel wieder feiner anziehe,
aber auch lascher, indem sie sich gehen lasse. „Es
hat den Anschein“, schreibt das Blatt weiter, „daß
auch die bisher gewährte Neutralität, der un-
bedingte Willkür des friedlichen Zusammenlebens
zwischen Belgien und Bevölkerung, eine An-
erkennung an ungenügendes durch Locarno vorberei-
tete Friedensverträge habe.“
Der Vorfall von Gernersheim, der wenn man
von seiner besonderen Schwere abieht, nicht als
einzig dächte, ist ein bedenkliches Symptom.
Ein offizielles Abdrücken der Belagungs-
armee von derartigen Uebergriffen hätte der Be-
friedigung des Rheinlandes seinen schließlichen Dienst
erweisen können. Man darf sich die französischen
Hauptquartiere in die Richtung der Sprache des Mainzer
Organ als besonders bemerkenswert angesehen
werden.

Senator Borah gegen England.

Nach einer Meldung der „Associated Press“ aus
Washington erinnert Senator Borah, der Vor-
sitzende der auswärtigen Ausschüsse, in einer
längeren Erklärung die europäischen Kritiker der
amerikanischen auswärtigen Politik daran, daß
Reute, die selbst in Glassäulen leben, keine
Steine werfen sollten.

Churchills Schmähdung eines Schulden-
annullierung sollte die Welt Englands am
Freiwilligkeit erlangte Landgewinne nicht ver-
gessen lassen. Es geht fest, daß von den bei
Kriegslosh zur Verfügung gekommenen über
4 000 000 Quadratmeilen Land Großbritannien
bis 3 000 000 und Frankreich über 800 000 Qua-
dratmeilen Land gefordert habe, während Amerika
keinen Zentner nicht annehmen wolle.
Einmal von den amerikanischen Politikern
Borah von den Amerikanern bedürftigen je-
doch keiner besonderen Erklärung, um zu wissen,
wie ein Schuldner sich benehmen muß, wenn er
nicht zahlen will. Die Angriffe auf die Verei-
inigten Staaten stellen eine eigene Methode
Englands dar, die Annullierung seiner Schulden
zu verlangen. Senator Borah fernschickte
Churchills Parlamentarierreden als einen

Galkpöflichkeit für die Annullierung.

Kassuth und Curson, die mit den Vereinigten
Staaten über den Eintritt in den Weltkrieg ver-
handeln, hätten über die Treuebrüche der
amerikanischen Politik andere Anschauungen ge-
habt, während Amerika jetzt ein Schloß genannt
und ihm alle Menschlichkeit abgeprochen werde.

Politische Kreise haben die Erklärung Borahs
als offizielles Kennzeichen der gegen
Amerika geführten Agitation, der in Paris
gegen amerikanische Forderungen unternommenen
Angriffe und der von italienischen Politikern
gegen die amerikanische Politik erhobenen An-
schuldigungen hervor.

Bezüglich Kassuth soll von der Werbung in
den Beziehungen der europäischen Schuldner-
staaten zu den Vereinigten Staaten ernstlich be-
zweifelt sein.

„Mit goldenen Kugeln“.

Englische Gelder für Ungarn und Polen.

Die Verhandlungen zwischen der ungarischen
Regierung und einer englischen Finanzgruppe über
die Aufnahme eines Kredits für die Komitate
wurden am Sonntagabend abgeschlossen. Kreditgeber
sind außer dem Bankhaus Rothschild die Com-
merzbank von London, die Bank von Paris und
Henry Schroder. Das Abkommen bezieht sich auf die
Entnahme von 750 Millionen Pfund Sterling aus
dem Nationalfonds von 2 1/2 Millionen Pfund Sterl.,
wovon die englische Gruppe vorläufig 1 1/2 Mil-
lionen auf eine Laufzeit von 7 Jahren zu einem
Zinssatz von 5% übernimmt. Die Uebersicht dieser
Transaktion erfolgt noch im Juli, die restlichen
1 1/2 Millionen innerhalb eines Jahres. Die Kugeln
wird zum größten Teil, etwa zu 80%, zu Weg-
bauten verwendet.

Wie von unternichteter Seite in Paris aus-
gesagt, unterhandeln gegenwärtig eine Gruppe
britischer Kapitalisten über die Beteiligung
englischen Kapitals an der Bank
Wolff. Die politische Regierung ist geneigt, der
Gruppe 50% der Aktien der Staatsbank zu
überlassen, wogegen die englischen Kapitalisten
sich verpflichten, der Bank ein Darlehen von 200
Millionen Dollar zu gewähren.

Es ist ganz gewiß kein Zufall und gleichzeit
einzig, daß Willen und Willen der englischen Re-
gierung, daß gerade die zwei Länder, die einigste
Beteiligung englischen Kapitals an der Bank
Wolff. Die politische Regierung ist geneigt, der
Gruppe 50% der Aktien der Staatsbank zu
überlassen, wogegen die englischen Kapitalisten
sich verpflichten, der Bank ein Darlehen von 200
Millionen Dollar zu gewähren.

Christine Berthold.

Der Roman einer Erfolgserlebn.
Von Emma Rath.

(5. Fortsetzung.) [Nachdruck verboten.]
„Dorf ich Christine gleich mit telefonierten,
daß sie Sonntag zu Mittag bei uns ist?“ Und sie
eilte, ohne seine Zustimmung nur abzuwarten,
ins Haus.
Grübelnd blühte ihr der alte Herr nach.
„Wird zu nur aus“, dachte er — „ich lese ja doch,
daß deine Einnahme geschehen hat. Wichtige ich
doch nur auch so gerne mit Berners Empfinden
für dich beiseite.“ Sein Gesicht nahm einen be-
sorgenen Ausdruck an, als er nach der Rich-
tung blühte, in der Suß verschwand war. —
8. Kapitel.
Koll Freude und Dank hatte Christine die
kürzlichgehaltene Einladung der Jugendfreunde
entgegenzunehmen an. Denn aus kaum die
Stunde erwarteten können, bis sie am Sonntag
zum ersten Male das Stowwingside Haus be-
treten durfte.
Oben am Fenster ihres Wohnzimmers hatte
Suß schon förmlich auf ihr Kommen gelaunert
und eilte nun voller Ungeduld die Treppe hin-
ab, um Christine gleich auf der Diele zu be-
grißen.
„Ja, das ist meine alte Christine! Ich blühte
dich doch unter Tausenden wieder erkannt“, rief
sie und umarmte in überquellender Herzlichkeit
die Jugendgenossin.
Nachdem gebahnte da Christine jenes Son-
tags, da Suß ihr das external seit den Jahren
der Trennung da draußen an der Erde wieder
begegnet war. — Doch ihr Herz empfing Suß

mit einer innigen Liebe. Ihr war, als habe
sie ein Stück Familie in diesem liebreichenden
Gehäup wiedergefunden. Und mit welcher
Stimme sagte sie: „Ich dachte dir, Suß, daß du
nicht gleich so lieb eingelebten hast. Ich bin
so gern gekommen, dich wiederzusehen.“
„Ja, das war aber auch eine Ueberschätzung
für mich, Christel, daß dir hier ist. Ich habe
mich doch tiefst darüber gefreut. — Doch Ernst
ist trotz der kurzen Bekanntschaft doch
gleich wieder erkannt, verdammt du hauptsächlich
beinen hübschen braunen Augen, schon! Suß
gleich munter auf sie ein.
„Gleich wieder erkannt?“ Lang da die
Christine Stowwingside bewiesen, der Licht aus
seinem Arbeitszimmer kam und Christel mit
großer Freundlichkeit begrüßte. „Einen halben
Tag lang habe ich mit den Kopf zergrübelt, wo
ich diese eben erwähnten hübschen, braunen
Augen wohl fenne.“
„Warum bist du denn überhaupt nicht gleich
zu mir gekommen, als du nach Hamburg kamst?“
fragte Suß, eilig bemüht, ihre liebliche Besorg-
nislichkeit an der Freundin wieder aufzumachen.
Der Onkel blühte ihr nur wissend mit dem
Finger, und Christine sagte einfach: „Du hast
mich geliebt, Suß, da glaube ich, du würdest
mich nicht mehr fenne.“
Da er schien oben auf der Treppe eine ältere
Dame. Christel wandte sich Suß nach ihr zu.
Da ist sie, die Christel Berthold, die mit so oft
aus der Tasche geholt hat“, rief sie hinauf.
„Der Onkel blühte ihr nur wissend mit dem
Finger, und Christine sagte einfach: „Du hast
mich geliebt, Suß, da glaube ich, du würdest
mich nicht mehr fenne.“
Da er schien oben auf der Treppe eine ältere
Dame. Christel wandte sich Suß nach ihr zu.
Da ist sie, die Christel Berthold, die mit so oft
aus der Tasche geholt hat“, rief sie hinauf.
„Der Onkel blühte ihr nur wissend mit dem
Finger, und Christine sagte einfach: „Du hast
mich geliebt, Suß, da glaube ich, du würdest
mich nicht mehr fenne.“

„Damit sollte sie wohl ihr schlechtes Gewissen
gegen Fräulein Berthold betäuben?“ löste
der Onkel.
Suß wollte sich verteidigen, als das Mädchen
melde, daß das Essen serviert sei. Drinnen in
der hohen, eisengeschlossenen Stube mit den alten
Wärdern, den schwarzen Porzellanen und reich-
verzierten Silbergeräten lag die kleine Gesell-
schaft um den runden Tisch, und Christine blühte
sich in dem Kreise wie in eine Wolke von Behag-
lichkeit und Freundlichkeit eingewickelt.
Nach Tisch nahm Suß sie mit hinauf in ihr
kleines Reich und zeigte ihr alle die hübschen
Nachtgeigen, die ihr jedoch unerkennbar ge-
worden waren. „Hätte ich das Wärdenshaus
abandonieren müssen wie du“, sagte sie nun ernst,
so wären diese Dinge wohl alle spanische Dörfer
für mich geblieben. Aber nun sollst du mit von
beinem Leben erzählen, was du die Jahre über
getrieben hast, und wie du nach Hamburg zu
meinem alten Freund Krüß gekommen bist.“
„Du kennst meinen Onkel?“
„Ja, und ob! Er ist wohl einer der nettesten,
lebenswüthigen, alten Herren aus unserem
Bekanntnis und hat für mich eine ganz be-
sondere Vorliebe“, sagte Suß, zugleich etwas
trübend.
„Dann meinst du entschieden einen anderen“,
Christel blühte auf, „denn deine
Beschreibung stimmt nicht mit der überein, die ich
von Herrn Friedrich Krüß gemacht habe.“
„Als sie nun aber Sußs verdundertem Blick
begegnete und diese auch noch fragte: „Wie
meinst du das, Christel?“, da bist sie sich auf die
unvorsichtigen Lippen. „Ah, mein Onkel ist ja
ganz belanglos, Suß“, sagte sie ruhig und begann
von den Jahren der Weisheit zu erzählen.
„Wie gut, Christel, daß du so gern in der
Schule gelernt hast“, war Suß ein, „mich zum

Beispiel hätte denn guter Herr Weisheitlicher
nicht aus freien Stücken zur Kontoristin gemacht.“
„Ah, Kind, das ist auch gut so“, lächelte Chri-
stine, „denn du würdest dich wohl auch kaum da-
für eignen.“
„Und du meinst, daß du dich so absolut dafür
eignest? Bist du so zufrieden dabei, Christel,
daß deine andere Wohnung in die Raum haben?“
„Aber für Wärdenside meinst du?“
„Aun, daß du denn noch nie daran gedacht,
dich mal zu verheiraten?“
Hellauf lachte Christine: „Wärdenside Jahre bin
ich all und soll schon an heiraten denken? Nein,
Suß, ich habe bisher auch noch keinen Mann ge-
sehen, dessen Frau ich hätte werden mögen.
Das hat noch lange Zeit.“
„Wenn nun aber eine fäme und dich wollte?“
„Es wird keiner kommen und eine arme An-
gehliche zur Frau begehren, die nicht einmal
bestimmen können, was und was ihre Eltern
müssen.“
„Das wäre doch kein Grund“, meldete Suß
leise und mit einem Zögern in der Stimme ein.
„Für einen Mann, der mit gefallen müßte,
pfeilstich doch! — Aber hier mal, bei mir ist das
alles so ganz anders wie bei dir. Ich gehe nie
mandem in der Welt etwas an — mir selbst das
Wichtigste für ein junges Mädchen, das ist der
Schutz der Familie. Ich habe ja schon in der
Suß, und ein Wärdenside könnte mich heuer-
schickeln über Paris zu werben, ohne daß es
mir ein Wärdenside einmüerte.“
„Ame Christel, das machst dich ganz traurig
und bitter?“ — Wenn meine Freundin
Da meldete Christine lächelnd ab. „Nein,
nicht bitter. Aber wahnwichtig erzählst, Suß
Berthold du das?“ „Ich will mir die fühlende
Familie selbst durch Vorwärtskommen, durch
Ansehen erziehen.“

